

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankhaus: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,00 M. Durch den Postbezug vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Inseratenpreis: Die 7 gestrichelte Nonoparallele 50 Pf., darauf 40 Prozent Zeilenanzahl, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Anschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verhinderung zur Aufnahme an bezeichneten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 149.

Dresden, Mittwoch den 2. Juli 1919.

30. Jahrg.

Mißbrauch der Arbeiter.

Der Berliner Verkehrsstreik geht weiter und hat sich seit heute morgen noch mehr verhärtet. Die Regierung ist energisch beschribt, dem Streik die Spitze abzubreden, indem sie vor allem die Streikbrecher in Gewahrsam bringt. Zahlreiche Verhaftungen sind bereits erfolgt.

Natürlich verstoßen die unabhängigen Blätter, es handle sich um rein wirtschaftliche Bewegungen, die aus der Not des Volkes hervorgegangen seien und mit Politik nicht das geringste zu tun hätten. Viele der Streikenden glauben das auch ehrlich und wissen nichts von den Drähten, an denen man sie zieht. In Wahrheit sind diese Streiks nur Kampfer der Unabhängigen und Kommunisten, die um keinen Preis dulden können, daß allmählich wieder Ordnung und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten. Dann hätten sie ihr Spiel verloren. Um ihres Überzuges willen soll das deutsche Volk weiter in Elend und Unterjoch hineingeworfen werden. Die ausschließlich politische Bewegung in Wahrheit ist, zeigen die freigelegten Reden und Flugblätter. So verbreitet heute das autonome Streikkomitee der Eisenbahner ein Flugblatt, in dem gelangt wird, daß die Regierung die Lohnforderungen der Eisenbahner nur deshalb abgelehnt habe, weil dieselben „an den Lebensnerven des Kapitalismus“ gehen. Die Regierung stehe auf Seiten des Kapitals und kämpfe mit allen Mitteln gegen das Proletariat. Sie wolle die Bewegung der Eisenbahner ersticken, dagegen gäbe es nur Selbsthilfe: „Wenn ihr, die Eisenbahner, kreift, dann helfen keine Rossegarden, dann sind die Rossegarden immobil, einen Widerstand von einer Woche nur, und keine Regierung vermag zu widerstehen.“

Frucht es noch eines weiteren Beweises, welche dunklen Kräfte hinter diesen ewigen Streikaktionen stehen? Die Alternative ist nicht die, ob die Eisenbahner verurteilt werden sollen oder der Kapitalismus, den es im Verkehrswesen gar nicht gibt. Die Frage, die zur Entscheidung steht, ist lediglich die, ob es der Regierung gelingt, wieder Ordnung in das Wirtschaftswesen zu bringen und die Not allmählich zu lindern oder ob wir alle zusammen zugrunde gehen. Bisher hat die Regierung geleistet, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Gerade die Eisenbahnen sind das schlagende Beispiel dafür, daß unsere Ausnahmung richtig ist und nicht der Rätewahn ist. Die vernünftige mehrheitssozialistische Regierung hat trotz der ungeheuren Strafgebühren an die Entente das Eisenbahnwesen schon halbwegs wieder in Ordnung gebracht und würde es bald ganz in Schaffung haben, wenn nicht die mutwilligen Streiks dazwischen kämen.

Siegt unsere Regierung, die Regierung des Volkswillens, an der Spitze der Reichsregierung, die Arbeiterklasse, dann wird die Verrückung, wenn auch sehr langsam, weiter gehen. Andernfalls kommen wir zur Räterepublik. Das erste, was die Räterepublik einführt, ist, wie Rußland und Ungarn beweisen, das absolute Streikverbot und der unbedingte Arbeitszwang. Trotzdem geht die Wirtschaft immer weiter zurück. Rußland und Ungarn sind zum Affordblich zurückgekehrt — umsonst die Arbeitsleistung sinkt. Man gibt der Bourgeoisie Schuld, trotz ihrer Ohnmacht, und greift zum Terror. Aber auch der Terror hilft nicht, die wirtschaftliche Lage geht immer weiter zurück, das Volk hungert, die Industriearbeiterkraft sinkt auf ein Bruchteil ihrer früheren Zahl — das Ende ist ein General des alten Regimes mit reaktionärer Militärdiktatur. Deutschland steht am Scheidewege. Noch herrscht die Vermutung, daß die Räterepublik die mehrheitssozialistischen Arbeiter dazu werden, daß sie obenau bleiben. Es gilt dem Feind, den wir am tiefsten haßen, dem Unverstand der Ratten!

Vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird folgende

Warnung an die Streikenden

erlassen:

Den Wünschen der Eisenbahner folgend stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die einen Aufwand von 1/2 Milliarden erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Damit hat sie das äußerste getan, was nach Lage der Einkaufsmöglichkeiten möglich ist. Die weitere Ausweitung ihres Personal zu leisten bemüht bleiben, soweit die allgemeine Not des Volkes dies irgend erlaubt.

Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung erfolgt in voller Übereinstimmung mit dem gesetzgeberischen Vorgehen im Reich und den Anforderungen der Landesverwaltung. Durch die Einführung der Betriebsräte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Personal ein weitestgehendes Mitwirkungsrecht eingeräumt.

Sämtliche Eisenbahnorganisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen. Auch sonst haben viele Kreise des Personal wiederholt betont, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde, sobald der Streik der Reichsbeamtenministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit beeinträchtigt fühlen, aufgehoben sei. Im Vertrauen auf diese Zusicherungen ist der Streik aufgehoben worden.

Trotzdem wird der Streik fortgesetzt. Abgesehen davon, daß die Arbeiter große Leiden erleiden, sind die freitenden Beamten kraft Gesetzes ihrer Dienstleistungen für die Lage der Arbeitseinstellung verweigert, was die Folgen für die Volkswirtschaft unabweisbar.

Alle Anfuhr nach Berlin kommt wegen der Betriebsunterbrechung auf den Bahnhöfen ins Stocken. Gegen 9000 Wagen allein für Berlin sind auf weiten Strecken unterwegs zum Stillstehen gekommen. So müssen wertvolle Lebensmittel in Stille liegen. Es müssen wertvolle Lebensmittel in Stille liegen. Es müssen wertvolle Lebensmittel in Stille liegen.

Der Streik würde es aber auch verhindern, daß die vorbereitete Senkung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbleibenden Restbestände offener und regelmäßig durchgeführt werden können. Hierdurch wird nicht nur die Ernährung der Millionen Großstadt Berlin, sondern auch der gesamte Volksernährung aufs schwerste bedroht. Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge des unglücklichen Ausganges des Krieges befindet, muß jetzt das wirtschaftliche Leben unbedingt und mit allen Mitteln wieder in Gang gebracht werden, um das Land vor dem völligen Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren.

Schweren Herzens, aber im Bewußtsein der ersten mit der dem Staat obliegenden Verantwortung setze ich mich daher genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit äußersten Mitteln durchzusetzen.

Die Beamenschaft ist sich um die größten Teil ihrer Pflichten gegenüber dem Volkswesen bewußt und bestrebt, gemeinsam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren.

Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden es mit mir nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Ehrenpflicht annehmen, sich an dem streikenden Druck anzuschließen, wenn ich nunmehr folgendes befinne:

Arbeiter, die nicht bis spätestens Donnerstag den 2. Juli ihren Dienst wieder aufnehmen, sind entlassen.

Ebenso erhalten Beamte, die nicht bis zu dem gleichen Tage ihren Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen.

Für die Sicherung der Arbeitslosigkeit ist Sorge getragen.

Oser.

Berlin, 1. Juli. Nachdem als Versuch, zu einer Einigung zu gelangen, gescheitert sind, ist vorläufig an die Aufnahme von neuen Verhandlungen nicht zu denken. Auf dem gleichen Standpunkt stehen die Reichs- und Staatsregierung und die Stadt Berlin. Das Reichswirtschaftsamt wird, wie verlautet, einen Kampf gegen den Verkehrsstreik der Angestellten herausgeben. Seit heute morgen ist auch der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr in Groß-Berlin von dem Verkehr wegen eingestellt, da bei dem herrschenden Mangel an Lebensmitteln und Wagen und dem schlechten Zustand der Betriebsmittel die Eisenbahndirektion keine Verantwortung für die Sicherung des Lebens der Fahrgäste übernehmen kann. Die Omnibusfahrer und Schaffner wollen von Mittwoch vormittag an streiken. Die Stimmung der Angestellten ist angesichts gegen den Streik. Die Regierung geht gegen die Drahtzieher des Groß-Berliner Verkehrsstreiks energisch vor. Zahlreiche Führer der Kommunisten, darunter auch der bekannte Kommunist Herfurth, und eine größere Zahl von revolutionären Offizieren sind festgenommen worden. Ursprünglich war der 19. Mai für den Beginn des Generalstreiks in Aussicht genommen. Die Führer der Unabhängigen hatten bereits die Ministerliste für die künftige Räterepublik und die Proklamationen vorbereitet.

Berlin, 1. Juli. Die Folgen des Streiks machen sich heute schon fühlbar. Mehrere Industrien sind wegen mangelhafter elektrischer Versorgung gefährdet. Das städtische Elektrizitätswerk hat nur noch Kohlen für drei Tage, das Elektrizitätswerk Neudamm nur für einen halben Tag, doch kann hier das Neubrückener Kohlewerk ausbilden. Das Berliner Gaswerk besitzt Kohlen für sieben Tage.

Berlin, 1. Juli. Die Verwaltung der Omnibusgesellschaft hat den Angestellten eine monatliche Rente von 60 M. bewilligt, die für den vergangenen Monat nachträglich und für die drei kommenden Monate im voraus bezahlt wird, so daß die Angestellten sofort 900 M. erhalten und die regelmäßige Lohnzahlung am 1. Oktober in Kraft tritt. Die Angestellten stellen die Forderung auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 700 M., die später auf 800 M. herabgesetzt wurde. Ob sie sich mit den Angebotsbedingungen der Verwaltung zufrieden geben werden, ist noch unbestimmt.

Keine Kohlen mehr!

Berlin, 1. Juli. Die mangelnde Zufuhr infolge des Eisenbahnerstreiks hat die Kohlenlieferung in Berlin veranlaßt, eine weitere Kohlenverteilung beschleunigt aufzuschieben.

Die Bankbeamten und Magistrats-Hilfsbeamten.

Berlin, 2. Juli. Die Leitung des Verbandes Deutscher Bankangestellten hat den Proteststreik der Bankbeamten anlässlich der Verhaftung von Emonts abgelehnt, weil der Verband die Arbeitsüberlegung in diesen kritischen Tagen für einen Überaus schweren wirtschaftlichen Schaden hält. Einer anderen Meinung zufolge soll in den Proteststreik eingetreten werden, wenn die Haftentlassung Emonts nicht erfolgt.

Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft hat die Verhaftung des Geschäftsführers des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, Karl Emonts, mit seiner Tätigkeit in der Bankbeamtenbewegung nichts zu tun. Die Gründe für die Verhaftung liegen auf einem andern Gebiet.

Heute nachmittags gab in der Arbeiterratsitzung der Hilfsbeamten des Magistrats von Berlin die Erklärung ab, daß der Arbeitsausschuß der 18 000 Hilfskräfte beim Magistrat Berlin, der die Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten habe, den Beschluß gefaßt hätte, im Anschluß an den streikenden Emonts ebenfalls in den Streik einzutreten. Sodann erklärte der Arbeiterrat Dr. Kaplan von der Reichswehrleitungsstelle, daß im Falle der Streikfortsetzung der Magistrats-Hilfskräfte auch sämtliche Angehörigen der Kriegsorganisationen streikend sein in den Streik treten würden. Der Magistrat hat beschlossen, die neuen Forderungen der Hilfskräfte abzulehnen.

Zur Verhaftung Emonts

Teils der Staatsanwaltschaft wurde mit, da seiner Verhaftung gefaßt wurde. Emonts wurde Emonts als der Verfasser eines an die Arbeiterzentrale gerichteten Schreibens festgestellt, in welchem er seine Propagandatätigkeit im Dienste der

Kommunisten schildert. In seiner Erklärung ergibt sich unzweifelhaft, daß Emonts für Anschläge des Volkswillens, für den Sturz der gegenwärtigen Regierung und für die Einführung der Diktatur des Proletariats tätig war.

Der Ankauf der „Großen Berliner“.

Berlin, 1. Juli. Der gestrige Verkauf der Verkehrsvermittlung Groß-Berlin hat die Vorbereitung der kommunalistischen Ankauf der Großen Berliner Straßenbahn im Gespräch. Der Ankauf selbst aber noch nicht bewirkt. Es verbleibt deshalb auf einem Vermittler, wenn vielsach gemeldet wird, die Leitung des Verkehrs und der Magistrat Berlin seien wegen des Straßenbahnverkehrs in unmittelbare Verhandlungen eingetreten. Solche Verhandlungen können zur Zeit nur mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn geführt werden. Dagegen ist der Magistrat Berlin mit Nachdruck bemüht, die bereits angelegte Leitung der Reichsregierung, die sich auf Verbilligung der Lebensmittelpreise bezieht, zur Durchführung zu bringen. Diese Verbesserung der Lebenshaltung ist für alle beteiligten Klassen der Angestellten und Arbeiter wirtschaftlich weit bedeutungsvoller als die Geldbeträge, die sie durch Streik zu erlangen suchen.

Streik in Danzig.

Danzig, 2. Juli. Nachdem die Arbeitgeber jegliche Verhandlungsbereitschaft für die Angestellten abgelehnt haben, haben die technischen und kaufmännischen Angestellten der Danziger Industriekontoren beschlossen, am Freitag in den Streik zu treten. Der Vertreter des Reichskommissars für den Osten ist von den Angestellten um seine Vermittlung ersucht worden.

Lebensmittelaufstände

werden auch aus Görden gemeldet. Es ist dabei zu Ausschreitungen gekommen. Die Waren wurden zu Schleuderpreisen verkauft.

Der Einmarsch in Hamburg.

Hamburg, 2. Juli. Der Einmarsch der Reichswehrtruppen entwickelte sich planmäßig von allen Richtungen und ohne wesentliche Zwischenfälle.

Bereits am frühen Morgen wurden die wichtigsten Gebäude, vor allem der Hauptbahnhof und das Rathaus, von starken Truppenabteilungen besetzt. Der Straßenbahnverkehr ist teilweise gesperrt.

Lettow-Borcks Aufgabe.

Berlin, 1. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß General v. Lettow-Borck nicht als Reichskommissar nach Hamburg geschickt worden ist. Er ist bedauerlicherweise zur Erledigung der militärisch erforderlichen Maßnahmen und hat die besondere Aufgabe, der rechtmäßigen Hamburger Regierung, bestehend aus Senat und Bürgerchaft, die ihr genommene ungehinderte Arbeitsmöglichkeit wiederherzustellen.

Die Vermögensabgabe.

Aus Weimar wird berichtet:

In der Sitzung des Reichsausschusses wurden von besonderer Seite wichtige Mitteilungen über die Einbringung des großen Vermögensabgabegesetzes gemacht. Danach soll der Entwurf im Sommer der Nationalversammlung nicht mehr vorgelegt werden. Der Ertrag der großen Vermögensabgabe, der auf etwa 70 bis 80 Milliarden geschätzt wird, soll vor allem dazu benutzt werden, die Schulden des Reichs zu tilgen. Die Vermögensabgabe kann hauptsächlich in Kriegsanleihen erfolgen. Die Summe, die außerdem nicht in Kriegsanleihen eingezahlt wird, soll wiederum zum Ankauf von Kriegsanleihen Verwendung finden.

Es wäre ein großer Fehler, wenn man die Vermögensabgabe nur dazu verwenden wollte, nur die Kriegsschulden zu vermindern. Das Reich müßte unbedingt versuchen, durch die Vermögensabgabe in den Besitz eines möglichst großen Teils der Aktien unserer Großbanken und unserer großindustriellen Unternehmungen zu kommen, damit auf diese Weise die Sozialisierung gefördert und der Einfluß des Reichs auf das Wirtschaftswesen gestärkt wird. So müßte zum Beispiel das Reich verlangen können, daß die Familie Krupp ihre Vermögensabgabe in Aktien der Kruppischen Werke leistet. Auch der Übergang größerer Güter, Waldungen usw. auf das Reich könnte durch die Vermögensabgabe herbeigeführt werden. Wird auf diese Weise das Reich in der Zukunft in großem Umfang an dem Ertrag des Wirtschaftswesens beteiligt, so schadet es nichts, wenn die Reichsschuld nicht so stark vermindert wird, weil die dem Reich aus seinem Besitz an Aktien oder ganzen Unternehmungen aufliegenden Einnahmen zur Vermeidung der Kriegsschuld dienen könnten. Das Reichswirtschaftsministerium hat in seiner bekannten Denkschrift verlangt, daß eine Bank errichtet werden solle, die die dem Reich aufliegenden Vermögenswerte verwaltet. Öffentlich bringt das Reichswirtschaftsministerium mit seinen Vorschlägen durch. Es wäre unbegründlich, wenn eine in ihrer Mehrheit aus Sozialisten bestehenden Regierung sich die bei der Vermögensabgabe gebotene Gelegenheit entgehen ließe, ein bedeutungsvolles Stück Sozialisierung durchzuführen.